

# Krautauer Zeitung.

Nr. 259.

Dinstag, den 11. November

1862.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Versicherung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nemontpreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Versicherung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Nr. 958.

Für die Abdrucker in Tylicz, Sandecr Kreises, sind im Monate October l. J. nachstehende Unterstüßungsbeiträge eingelassen:

Vom Bezirksamte Neu-Sandec	19 fl. 85 kr.
Ciezkowice	5 „ 10 „
Alt-Sandec	2 „ — „
Skrzydlna	1 „ — „

Zusammen . . . 27 fl. 95 kr.  
Hiezu die früher ausgewiesenen . . . 27 „ 67 „  
somit im Ganzen . . . 55 fl. 62 kr.

öferr. Währ.

Diese Spenden wurden bereits ihrer Bestimmung zugeführt.

Vom k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium.  
Krautau, 6. November 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom die Regierungsrath und Centraldirector des Betriebes der k. k. privilegierten Staatsbahnen Gesellschaft, Wilhelm Engert, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 7. October d. J. die Wahl des Pfarrers und bisherigen Superintendenten, Johann Georg Lumnitzer, zum Superintendenten der Wiener evangelischen Superintendenten-Augsburgerischen Bekenntnisse allergnädigst zu bestätigen geruht.

Der Staatsminister hat über den Vorschlag des fürstlich-bischöflichen Ordinariates in Laibach den supplirenden Religionslehrer am Unter-Gymnasium zu Krainburg, Welpriester Johann Glöbner, zum wirklichen Religionslehrer und Chorleiter an derselben Lehranstalt ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 11. November.

Von Paris meldet man der „F. V. Z.“, daß zwischen den Cabinetten von London, Paris und St. Petersburg Unterhandlungen im Gange sind, um sich über die Klausel zu verständigen, welche die Mitglieder der drei souveränen Häuser Englands, Frankreichs und Russlands vom griechischen Thron ausschließt. Daß diese Verhandlungen auch auf die Anerkennung der provisorischen Regierung in Athen sich beziehen, ist ungetrübter, es widerspricht eine solche Anerkennung gänzlich der diplomatischen Praxis.

Die offiziöse „Bairische Ztg.“ zieht daraus, daß das griechische Königspaar von einem ansehnlichen Gefolge von Griechen begleitet ist, den Schluß, daß gar viele in Hellas der Dynastie nicht abhold seien wollen. Die „Bairische Ztg.“ sagt, einem Herzoge von Leuchtenberg, einem Prinzen Alfred, einem Prinzen Murat stehe das Londoner Protocol von 1832 direct entgegen. Die Auffassung eines italienischen Prinzen als Throncandidaten in Griechenland erscheint ihr nicht minder gewagt, denn bei der nahen geographischen Lage Italiens an den Ionischen Inseln und bei der nahe liegenden Möglichkeit einer Vereinigung der rumänisch-serbisch-bosnisch-griechischen Elemente entstünden große Gefahren von der Regierung eines Königs von Griechenland aus dem benachbarten Hause Savoyen für England und Oesterreich. Es sei kaum zu denken, daß die Berufung eines savoyischen Prinzen ohne deren nachdrückliche Proteste constituirt werden könnte. Die „Bairische Ztg.“ sieht die von den Mächten geforderten Garantien nur bei dem königlich bairischen Hause.

Die französische Regierung läßt sich durch den Spirit Public etwas deutlicher über die griechische Frage aus. Zuerst glaubt dieses inspirirte Blatt zu wissen, daß die europäischen Mächte sich über die gegen Griechenland zu nehmende Haltung noch nicht haben einig sein können, und daß, wenn bis jetzt jede derselben erklärt, sie wolle sich nicht einmischen, der Grund der ist, daß ein Einvernehmen namentlich zwischen den Cabinetten von Paris und London noch nicht vorhanden ist. Gleichzeitig gibt der Spirit Public zu verstehen, daß es keineswegs Frankreichs Schuld, sondern bloß Folge des Mangels an Verständniß mit der Macht, mit welcher der Kaiser Hand in Hand geben möchte, gewesen sei, wenn das Kaiserliche Cabinet sich mit der in Athen gebildeten provisorischen Regierung noch nicht officiell in Verkehr gesetzt habe. Der französische Gesandte in Athen Bourée habe der provisorischen Regierung zu bemerken, daß sein Kaiser Act von den Aufträgen nehme, daß die provisorische Regierung sich

verpflichtet, Ruhe im Innern und Achtung der türkischen Grenzprovinzen aufrecht zu erhalten; daß die Bürgerchaften, welche sie bisher zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegeben, ganz geeignet sind, den Augenblick zu beschleunigen, wo Frankreich so wie die übrigen Mächte die Regierung anerkennen können.

Die „Morning-Post“ sagt in Bezug auf die griechische Angelegenheit: „Die Wolken der hellenischen Revolution zerstreuen sich. Eine neue Dynastie und eine neue Verfassung werden wahrscheinlich unter Bedingungen inaugurirt werden, welche die Mächte versöhnen. Griechenland kann gedeihen. Es bedarf dazu einer liberalen und festen Regierung, materieller Verbesserungen und eines neuen Zolltariffs.“

Der „D. P.“ gehen unter anderen folgende Daten über die Mitglieder der griechischen provisorischen Regierung zu: Demetrius Bulgaris aus Hydra gehört einer angesehenen Familie der Insel an. Er war schon im ersten Jahre der Revolution an den Regierungsangelegenheiten theilhaft. Vor der Einführung der Verfassung vom 3. September war er zweimal Minister der Finanzen, im Jahre 1856 wurde er Ministerpräsident mit dem Portefeuille der inneren Angelegenheiten; zuletzt war er Senator — aber während der letzten Militärrevolte in Nauplia, deren Tendenzen er nicht fremd gewesen zu sein scheint, war er das Haupt der Opposition, deren loyale Grenzen er überschritt. Er gehörte immer der französischen Partei an und scheint ihr auch jetzt noch anzuhängen. Er ist ein Mann von 60 Jahren, voller Energie und natürlichen Fähigkeiten, aber ohne gründliche Bildung. Constantin Kanaris, Contre-Admiral und Senator von der Insel Psara gebürtig, ein Greis von 70 Jahren, ist der Welt genug bekannt durch seine Thaten zur See im Unabhängigkeitskriege und durch seine Brander. Er ist ein verwegener Seemann, ohne besondere Fähigkeiten und ohne höhere Bildung. Auch er war mehrmals Minister, aber nur wegen seines historischen Ruhmes, nicht wegen seiner Capacität. Im Senate gehörte er der äußeren Opposition an. In früheren Zeiten gehörte er der russischen Partei, später schloß er sich der französischen an. B. Kufos aus Patras, gegen 68 Jahre alt, gehörte früher der französischen Partei an, ging dann zur englischen über, der er treu geblieben ist. Er ist ein reicher Mann und gehört der angesehensten Familie seiner Heimath an. Sein Vater war der bekannte Kanakaris. Unter der Präsidentschaft seines Schwiegervaters, des verstorbenen Conduriotis, war er einige Zeit Minister des Inneren. Er ist ein Mann von Verstand aber nicht von Bildung, als Ehrenmann wird er im ganzen Lande sehr geachtet. So lange die provisorische Regierung innerhalb der Grenzen der Mäßigung verbleibt, wird er ihr gewiß seine volle Thätigkeit und Unterstützung widmen, aber man ist überzeugt, daß er ihr auf keinen Abwegen folgen werde.

Die Turiner „Gazetta del Popolo“ und die „Opinione“ billigen nicht die Candidatur eines savoyischen Prinzen für den griechischen Thron. Das erstere Blatt meint, nicht die Regierungsweise des Königs Otto habe diesen des Thrones verlustig gemacht, sondern die Macht der Verhältnisse sei es, welche jede Dynastie in Griechenland auf die Dauer unmöglich mache. Die „Opinione“ meint, Griechenland in seinen jetzigen Grenzen sei nicht lebensfähig, bei einem vergrößerten Griechenland aber würde die Wahl eines savoyischen Prinzen das Misstrauen der Großmächte zu sehr rege machen. Trotzdem will die „Opinione“ daß, wenn die Wahl der Griechen auf einen savoyischen Prinzen fällt, Italien für diese Wahl einstehen sollte; aber eine Verzichtleistung nicht zu vermeiden sein, dann sollte die italienische Nation für des „Opfer“ wenigstens eine Vergütung verlangen, nämlich die Bollendung der nationalen Unabhängigkeit und Einheit. Wie der „Brief“, aus Turin geschrieben wird, soll sich Victor Emanuel ausgesprochen haben, daß er in einen Religionswechsel seines Sohnes nicht willigen würde; die griechische Krone ist aber an die Bedingung der Annahme des griechischen Bekenntnisses geknüpft.

Zur Stunde zählt man nach der „F. V. Z.“ nicht weniger als neun Candidaten für den erledigten Thron Griechenlands; diese sind der Herzog von Leuchtenberg, der Prinz Alfred von England, der Graf von Flandern, der Fürst Ypsilanti, der Prinz Nicolaus von Nassau, der Prinz Euitold von Bayern, der Prinz Amadeo von Savoyen, der General Bourbaki und der Prinz Napocon.

Von den Gerüchten über Prinz Alfred sprechend, sagt die „London Review“: „Wir fürchten, der Prinz ist zu jung, und weder die Königin, noch die Minister würden zugeben, daß er den Antrag annehme. Aber,

gleichviel ob der griechische Thron für den jungen Prinzen von England angenommen wird oder nicht, so sehen wir keinen Grund, warum England den Wünschen der Ionischen Inselbewohner hartnäckig sein Ohr verschließen und ihre Einverleibung in das Königreich Griechenland verhindern sollte. Alle Klassen der Bevölkerung bis auf einen Mann wünschen sie. Alle geben zu, daß sie über nichts sich zu beschweren haben; Rassen- und Sprachverwandschaft allein flößen ihnen den Wunsch nach der Veränderung ein. Unter unserer Herrschaft werden sie nie glücklich oder zufrieden sein; in finanzieller Hinsicht sind die Inseln ein Verlust für uns; und in strategischer bringen sie keinen so großen Vortheil, daß dadurch der politische Gewinn, der uns durch die Zulassung des Anschlusses erwachsen würde, aufgewogen werden könnte. Ueberdies könnte sich England in solchem Falle leicht einen Hafen für die britische Flotte vorbehalten. Auch die „Saturday Review“ bemerkt: „Das einzige Interesse, das England an den Ionischen Inseln hat, ist, Corfu nicht in Frankreichs oder Russlands Hände fallen zu lassen.“

Man spricht der Berl. M. Z. zufolge von einer während dieses Winters in Nizza beabsichtigten Zusammenkunft hoher fürstlicher Personen.

Aus Paris wird geschrieben, daß der Kaiser es ungern gesehen und Hr. Fould übel vermerkt hat, daß dieser Minister bei Gelegenheit der jüngsten Ministerkrise zu constitutionelle Auren angenommen habe. Namentlich mißfiel es, daß es zu einem Einverständnisse zwischen einer gewissen Anzahl von Ministern gekommen war. Unter dem gegenwärtigen Systeme, wenn dasselbe logisch aufgefäßt wird, kann von einer Politik der Minister allerdings nicht die Rede sein — da der Kaiser allein der Nation verantwortlich ist. Man will daher, nach dem Brüsseler Correspondenten der „Köln. Ztg.“ in sonst sehr gut unterrichteten Kreisen wissen, daß Herr Fould kaum lange mehr im Ministerium bleiben werde. Man hat in jüngster Zeit viel von Herr Emil Pereire gesprochen, und es gibt Leute, welche diesen Finanzier als muthmaßlichen Nachfolger Foulds bezeichnen.

Ueber den letzten Notenwechsel zwischen dem Turiner und französischen Hofe kann die Turiner Correspondenz der „F. V. Z.“ vom 3. d. jetzt aus besser Quelle folgendes mittheilen: Wenige Tage nach der Ernennung des Herrn Drouyn de Lhuys richtete General Durando an das Cabinet der Tuilerien eine neue Note, die unter dem Eindruck jenes Ereignisses geschrieben, nochmals all die Gefahren und Uebelstände aufzählt, welche der gegenwärtigen Situation entspringen und schließt mit der directen Frage, ob Frankreich den Augenblick nicht für gekommen halte, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Auf diese Note hat Drouyn de Lhuys nun vor einigen Tagen geantwortet. Er ergreift die Gelegenheit, um des Längeren seine Ansichten über die Lage der Dinge auseinander zu setzen, erinnert an die Reserven, welche Frankreich stets den von Seiten Italiens gegen den Kirchenstaat gerichteten Schritten, z. B. dem Einfall in Umbrien und die Marken, entgegen gesetzt habe, und erklärt endlich, daß Frankreich sich zu einem Einflusse, wie ihn die italienische Regierung verlange, nicht herbeilassen könne. Die französische Note ist also nicht direct, die Beantwortung des Durando'schen Circulars kann aber ihrem Inhalte nach, als solche betrachtet werden.

Einem Turiner Brief vom 3. d. entnimmt die „France“ Folgendes: Das Cabinet ist gespalten über die auf die Note des Herrn Drouyn de Lhuys zu ertheilende Antwort, deren Inhalt man kennt. Man weiß heute in Turin, daß diese Note, obgleich sehr wohlwollend für Italien, im Grunde keine Hoffnung auf die Räumung Roms übrig läßt. Es geht das Gerücht, daß mehrere Minister vor der Beantwortung der Note das am 18. d. zusammentretende Parlament seine Meinung äußern lassen wollen.

Indem das Turiner Journal des Nationalités berichtet, daß Frankreich in sehr verständlicher und wohlwollender Weise auf die Circularnote des Generals Durando geantwortet habe, fügt es bei, daß hinsichtlich der römischen Frage neue Vorschläge — Installation eines piemontesischen Gouverneurs zu Rom neben dem Papste, welchen man jeder Sorge für die weltliche Verwaltung entheben werde u. — gemacht worden seien. Es genügt, schreibt man der „F. V. Z.“, an die historische gemordenen Worte des Kaisers: „Le pape doit être maître chez lui“ zu erinnern, wie übrigens die meisten italienischen Blätter thun, um die Angaben der „Nationalités“ zu belächeln. Factisch ist, daß seit den verunglückten Versuchen des Hrn. v. Savallette in Rom keine weiteren Vorschläge gemacht wurden.

Das Turiner Ministerium hat nach dem „Batri.“ gegenüber der neuen Richtung der französischen Politik folgende Haltung beschloffen. Gleich nach der Zusammenberufung des Parlaments wird eine Gruppe von Deputirten das Ministerium über den Stand der Angelegenheiten interpelliren. Das Ministerium wird so dann dem Parlamente die diplomatischen Actenstücke vorlegen, und hierauf soll es zu dem Beschlusse kommen: die italienische Regierung möge die in dem Rundschreiben des Generals Durando enthaltenen Principien aufrecht erhalten, aber die Ausführung derselben für günstigere Umstände verschieben. So wenigstens legt sich das Ministerium Katazzi im Augenblicke die Dinge zurecht. Es möchte dem Sturme, der sich vorbereitet, von vornherein ein Maß geben und ein Mißtrauensvotum vermeiden, das den König nöthigte, sich nach neuen Ministern umzusehen.

Der Turiner Correspondent der „F. V. Z.“ schreibt: Lassen sie sich nicht irre machen, wenn die Monarchia nationale und andere officiöse Organe versichern, es sei nach dem Durando'schen Circular keine andere Note mehr nach Paris abgegangen. Die Stampa, welche zuerst eine Andeutung von der Existenz jener zweiten Depesche gegeben, braucht die officiösen Dementis nicht zu fürchten.

Die Monarchia nazionale erklärt bekanntlich die Nachricht der France, daß die Durando'sche Note bei den Unterredungen über die römische Frage unberücksichtigt bleibe, für falsch. Wenn die Monarchia nazionale, schreibt man der „F. V. Z.“, die ganze Wahrheit zu gestehen beliebt hätte, so würde sie gesagt haben, die französische Regierung machte den Versuch, ohne Berücksichtigung der Durando'schen Note Verhandlungen zu eröffnen; da Kattazzi aber seinen Kollegen eine solche Schmach nicht anthun wollte und konnte, ohne auf eine Cabinetskrisis gefaßt sein zu müssen, so lehnte er eben durch Betonung der Note weitere Verhandlungen über Vorschläge ab, die eine Verzichtleistung auf Rom als Italiens Hauptstadt anstrebten.

Der telegr. mitgetheilte Artikel der Monarchia Nazionale, ist der R. Z. eine Drohung für die Majorität. Kattazzi denkt nicht daran, die Kammer aufzulösen, er droht aber den extremen Parteien, daß er nur ungern, jedoch in dem Falle, wo sie eine „fictive Majorität“ mittelst einer Coalition erreichen sollten, durch Neuwahlen an die Nation Berufung einlegen werde. Viel wird von den Vorlagen abhängen, mit denen er die Session eröffnen wird. Kommt er mit leeren Händen, so wird sein Vertrauens-Votum zu heftigen Stürmen führen; es ist aber durchaus bis zur Stunde noch keine Aussicht vorhanden, daß das französische Spiel der Kake mit der Maus so bald aufhören werde. Die neue Phase der napoleonischen Politik heißt: Enthaltung (abstention), mit anderen Worten: Status quo oder Drehen des Mantels nach dem Winde.

Aus Turin, 3. Nov., schreibt man dem „Bot.“: Die letzten fast gewaltsam festgehaltenen Illusionen Kattazzi's über die Politik des französischen Cabinets bezüglich Italiens sind geschwunden. Kattazzi muß nothgedrungen dem Könige zugefesselt, daß derselbe die Politik des Hrn. Drouyn de Lhuys von vornherein richtig beurtheilt hat und jetzt theilt er alle Erbitterung Victor Emanuels gegen das „perfide Tuilerien-Cabinet.“ Man wird das Aeußerste wagen und es darauf ankommen lassen, welche Haltung dann die Mächte einnehmen. Man rechnet dabei allerdings nicht wenig auf die in Griechenland angezeigte Vermüdung. Man hofft, wenn man den Ruf: „Rom oder den Tod!“ erheben wird, in England eine Anleihe contrahiren zu können.

T. Njeszów, 8. November. Die Stadtgemeinde Njeszów hat die Errichtung einer Sparkasse in Njeszów beschlossen und zu diesem Zwecke ein Capital von 2000 fl. öferr. Währ., ferner die Kosten der ersten Einrichtung vorgeschossen, ein Local im Magistrats-Gebäude unentgeltlich gemiethet, die Beforgung der Kassageschäfte der Sparkasse durch die städtischen Kassabeamten gestattet und die Garantie für die Bedeckung der Verwaltungs-Auslagen auf so lange übernommen, bis die Sparkasse einen eigenen Reservefond von 10.000 Gulden öferr. Währ. gesammelt haben wird.

Nachdem die Statuten für diese Sparkasse mit dem hohen Ministerialerlasse vom 4. Jänner 1862 Z. 26.359 genehmigt wurden, das Anlagekapital durch freiwillige Subscriptionen mit Einschluß der von der Stadtgemeinde gemachten Summe von 2000 fl. auf den Betrag von 5600 und einiger Gulden gestiegen ist und einige gegen das Inslebensreten dieser Anstalt gemachten Ausstellungen endgiltig zurückgewiesen worden sind, wurde am heutigen Tage die Sparkasse in feierlicher



Weise eröffnet. Nach 9 Uhr Morgens versammelten sich der Magistrat, die Mehrzahl der Stadtausschüsse, die Directoren und Ausschüsse der Sparkasse, ferner mehrere k. l. Beamte, darunter der Kreishauptmann, Herr v. Abrahamsberg, und der Herr Kreisgerichtspräsident Schön, endlich mehrere Bürger in der Pfarrkirche, woselbst nach geschlossener Anrufung des heil. Geistes ein feierliches Hochamt vom Rzeszower Pfarrer, Hochw. Gruska, celebrirt wurde.

Nach beendeter Gottesdienste begab sich die Versammlung in das Magistrategebäude und in die daselbst für die Sparkasse bestimmten Räumlichkeiten, welche von dem genannten Herrn Pfarrer eingeweiht wurden.

Hierauf verfügte sich die ganze Versammlung in den Sitzungssaal der Stadtgemeinde. Dort angelangt, ergriff zuerst der Präsident des Sparkassen-Ausschusses und Senior des Stadtausschusses, Herr Schaiter, das Wort, und bemerkte, daß es ungeachtet mancher Hindernisse dennoch gelungen ist, mit dem heutigen Tage die Sparkasse in's Leben treten zu lassen, deutete auf die Wichtigkeit und Nützlichkeit dieses Institutes hin und sprach zuletzt dem Magistrat, dem Stadtausschusse und den gewählten Herren Directoren den Dank aus für ihre die baldige Errichtung der Sparkasse bezweckende Thätigkeit.

Nach der Eröffnungssrede des Herrn Schaiter hielt der Sparkassen-Director und Vorstand des Directorates, Landesadvocat Dr. Byszewski, an die Versammlung eine sehr gewandt gesprochene, sachgemäße Anrede, worin derselbe den Zweck der Anstalt und insbesondere die Wohlthat derselben für die minder bemittelte Bevölkerung in bereicherter Weise schilderte, ferner darauf hinwies, daß seit der Errichtung der ersten Sparkasse im Jahre 1778 in Hamburg bis nun zu, in industriellen Ländern beinahe in jeder größeren Stadt eine Sparkasse in's Leben gerufen wurde, daß in Galizien die erste Sparkasse im Jahre 1843 in Lemberg und eine zweite Sparkasse im Jahre 1862 in Tarnów eingerichtet wurde, welche beide Sparkassen sich einer lebhaften Theilnahme des Publikums erfreuen, daß der Selbstverleib bei denselben in fortwährendem Steigen begriffen ist und deren eigenes Vermögen sich sichtlich vermehrt, ungeachtet der mannigfachen Verluste, welche diese Anstalten erlitten haben. Die Sparkasse in Rzeszów reihte sich den in Galizien bestehenden Sparkassen als dritte an. Dieselbe besitze ein Anlagekapital von 5660 fl. österr. Währ. und werde für den Anfang ihre gewinnbringenden Operationen nur auf die Gewährung von Darlehen auf Pfänder und auf das Escomptiren von Wechseln ausdehnen. Von der ersten Operation werde die Anstalt 5 % und 1/4 % Provision nehmen. Nur jene Wechsel können escomptirt werden, für welche die von der Anstalt aufgestellten Jenseitoren den Credit gewähren. Von den escomptirten Wechseln werden der Sparkasse 6 % und 1/4 % als Provision gezahlt werden müssen. Die Anstalt werde Einlagen von 25 Kreuzer bis 100 fl. österr. Währ. annehmen und beschränkt vorläufig die Einlagen einer einzelnen Person zusammengekommen auf 2000 fl. österr. Währ., um der Rückzahlung großer Summen für die ersten Jahre vorzubeugen.

Der Herr Redner machte darauf aufmerksam, daß das Einkommen der Sparkasse vor Allem zur Tilgung der von der Stadtkasse vorgeschossenen Baarsumme und der von der Stadtgemeinde vorstufweise befristeten Ausgaben der ersten Einrichtung, zur Zurückzahlung der Subscriptionsbeiträge und erst dann zur Bildung eines Reservefonds verwendet wird, von welchem später Beiträge zu wohlthätigen Zwecken geleistet werden könnten.

Im Laufe der erwähnten Ansprache bemerkte der Herr Redner, daß der Herr Graf Joseph Alfred Potocki das Protectorat der Sparkasse angenommen habe und daß von diesem hohen Herrn für die neue Anstalt Rath und That zuverlässig gewährt werden kann.

Endlich dankte der Herr Redner dem anwesenden Kreishauptmann v. Abrahamsberg, dem Magistrat, dem Stadtausschusse und den Sparkassen-Directoren für deren bisherige Bemühung um das baldige und gesicherte Ansehtreten der Anstalt; ersuchte Alle, die dazu berufen sind, die Anstalt mit Rath und That zu unterstützen, auf die genaue Befolgung der Statuten zu sehen und auf diese Weise das Vertrauen in die Anstalt zu stärken und schloß mit der an alle Anwesenden gerichteten Bitte, der Anstalt durch Belehrung namentlich der minder bemittelten Volksklasse, dann durch Darstellung der Vortheile, welche die in's Leben gerufene Anstalt bei der Aufsammlung kleinerer Summen gewährt, zu Hilfe zu kommen und dadurch mittelbar dahin zu wirken, daß im Lande Sinn für Arbeitsamkeit, Sparfamkeit und Moralität verbreitet und gefördert werde.

Damit schloß diese, nicht nur für unsere Stadt, sondern auch deren weitere Umgebung, ja für das ganze Land bedeutungsvolle Feier und Jeder, welcher ihr beizuwohnte, hat wohl die Versammlung mit dem Wunsche verlassen, daß die in's Leben gerufene Anstalt schnell emporblühen und all' das Gute auch wirklich erreichen möge, was dieselbe nach den Worten des Herrn Directors Dr. Byszewski anstrebt.

#### Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Finanzausschusses pro 1863 vom 7. d. kam der Staatsvoranschlag für das Marineministerium pro 1863 zur Verhandlung. Das Dr. dinarium beträgt 8,500,000 fl., um 3 Millionen mehr als jenes vom Vorjahre. Das Extraordinarium beträgt 10,800,000 fl., um 1,800,000 fl. mehr als im Jahre 1862. Die Position für „Centralleitung“ wird schließlich wie für das Jahr 1862 bewilligt. Für heute

wurde jedoch nur beschlossen, bei der Centralleitung den Betrag von 21,064 fl. in Abstrich zu bringen.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 8. d. wurde die Verhandlung über den Staatsvoranschlag pro 1863, betreffend das Marineministerium, fortgesetzt. Bei den Positionen: „Vereinigtes Marine-Obercommando, Hafenadmiralat in Pola, Marinetruppen-Inspectorat, Marine-Kriegscasse und Marine-Kanzleidirection“ wurde beschlossen den Betrag von 19,928 fl. in Abstrich zu bringen. Bei der Position „Truppen“ wurde ein Abstrich von 10,978 fl. vorgenommen, dagegen das bei der Position: „Besondere Anstalten“ präliminirte Erforderniß genehmigt. Anlangend die Position: „Erhaltung und Nachschaffung des Arsenal- und Flottenmaterials“, faßte der Finanzausschuß den Beschluß, für die Befestigung der Segelfregatte „Venetia“ einen Abstrich von 50,000 fl. und für die Befestigung der Segelfregatte „Bellona“ einen Abstrich von 2,770 fl. zu machen.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. November. Se. Maj. der Kaiser hat angeordnet, daß allen Gemeinden und sonstigen Corporationen, welche anlässlich der Genesung Ihrer Maj. der Kaiserin Beglückwünschungs-Adressen überreichten, in Allerhöchstem und im Namen Ihrer Maj. der Kaiserin die dankende Anerkennung ausgedrückt werde.

Fürst Ypsilanti und dessen Mutter sind gestern angekommen und haben das Absteigequartier im Hotel Erzherzog Karl genommen.

Ein sehr interessanter Fund wurde dieser Tage im Magistrategebäude gemacht. Bei Erweiterung der Portierwohnung stieß man nämlich auf eine längst vermauerte Thür, welche ausgebrochen wurde. In dem Raume derselben fanden mehrere Kisten, bei deren Eröffnung man höchst werthvolle Urkunden aus der ältesten Geschichte von Wien, sowie andere in italienischer, spanischer, türkischer und persischer Sprache fand. In einer derselben befanden sich verschiedene alte Nationalcostüme. Gleichzeitig traf von Ybbs die Nachricht ein, daß man dort bei der Aushebung von Fundamenten im Bürgerverordnungsbaue der Stadt Wien, auf mehrere Töpfe und Säcke voll von werthvollen Silbermünzen gekommen sei.

Der Bürgerausschuß von Innsbruck hat in seiner letzten Sitzung ein Festcomité zur Vorbereitung der im nächsten Jahre bevorstehenden Feier der 500jährigen Vereinigung Tirols mit Oesterreich eingesetzt.

#### Deutschland.

Die Einweihung der neuen Elbbrücke bei Magdeburg hat am 4. d. im Beisein des Königs unter den üblichen Feierlichkeiten stattgefunden. Der Ministerpräsident von Bismarck-Schönhausen war am Morgen von Paris in Magdeburg eingetroffen, und wohnte der Einweihung in der Uniform eines Kürassiermajors der Landwehr bei.

Die preussischen Landräthe sind jetzt angewiesen worden, eine Zusammenstellung einiger der von dem Könige, in Erwiderung der demselben überreichten Adressen, gehaltenen Reden „auf Grund zuverlässiger Aufzeichnungen“ zur allgemeinen Kenntnissnahme durch die Kreisblätter zu bringen.

Aus Kaffuben wird dem „Nadwislanin“ vom 28. Oct. berichtet, daß auf einer Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins für das Kaffubenland aus dem Fonds desselben endlich die centrale Volksbibliothek durch die Bemühungen des Herrn Lyskowski genehmigt sei; es wurden 5 Kreis-Bibliothekare gewählt, denen die Organisation von 20 Parochial-Bibliotheken für eine polnische Bevölkerung von 50,000 Seelen beider Kreise (Straßburg-Ebbau) anvertraut wurde.

Die Uebersiedlung ländlicher Arbeiter nach Polen und Rußland nimmt, wie man der „Posener Ztg.“ aus Krotoschin schreibt, seit kurzer Zeit wieder bedeutend zu, nachdem vor Kurzem verschiedene Agenten den Kreis bereift und die Tagelöhner durch Einschläferungen und Vorspiegelungen zur Uebersiedlung nach Rußland verleitet haben. In Kobylin wurde im Laufe des vorigen Monats ein solcher Agent angehalten, der gegen Privatpersonen eingestand, im Auftrage des Fürsten Alexander Radziwill zu Anapol und von Gutsbezern in Rußland Arbeiter zu werben. Er sollte auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz aus dem Lande gewiesen werden, hatte sich jedoch inzwischen bereits freiwillig aus dem Staate entfernt.

Unter dem Gefolge der griechischen Majestäten in München befindet sich, wie die „A. P. Z.“ wissen will, als Hofdame eine Tochter des bekannten Grivas. Die Mutter wollte sie nicht ziehen lassen und äußerte: „Wenn Du die Königin begleitest, bist Du nicht werth, meine Tochter zu sein.“ Diese erwiderte: „Wenn Du mich nicht ziehen läßt, bist Du nicht werth, meine Mutter zu sein; ich bleibe meiner Königin treu.“ Wirklich verließ sie Vater und Mutter und folgte der Königin.

Die bairischen Kreisblätter veröffentlichen eine allerb. Entschliessung vom 29. Oct., wonach im Einverständniß mit der k. l. österr. Regierung, die seit dem 3. 1857 den Landesstellen eingeräumte Zustellung der Reisepässe der biederseitigen Unterthanen, gegen welche kein Bedenken besteht, künftighin den betreffenden Unterbehörden zu überlassen ist.

In der letzten Bundestagsitzung stellte Württemberg den Antrag auf Begründung einer gemeinsamen Medicinalpharmacopöe und eines gemeinsamen Medicinalgesetzes. Preußen erklärte sich gegen den Antrag, da derselbe die Competenz des Bundes überschreite. Der Antrag wurde an den handelspolitischen Ausschuß verwiesen. Gegenwärtig bestehen in Deutschland 11 verschiedene Pharmacopöen.

Nach einer Correspondenz der A. Z. aus Frank-

furt a. M. hat der bundestagliche Ausschuß für die Bundesreform nicht allein beschlossen, den Antrag zu stellen: „Um die Herbeischaffung des zunächst in Betracht gezogenen Materials für die Beratungen der Delegirten-Versammlung nicht zu verzögern, wolle die hohe Versammlung die bereits beschlossene zweite Fachmänner-Commission für Obligationenrecht auf den 5. Jänner 1863 nach Dresden einberufen“, sondern es ist sogar die Wahrscheinlichkeit überwiegend, daß der Ausschuß beantragen wird, die Delegirten-Versammlung bereits früher einzuberufen, als die Vorlegung der Ergebnisse der beiden legislatorischen Fachmänner-Commissionen zu erwarten sein wird, und dieselbe inzwischen mit anderweitigen Beratungen zu beschäftigen.“

Vor Kurzem circulirte in der Presse die Nachricht, daß zwischen den Regierungen von Braunschweig und Hannover ein Abkommen in Betreff der Erbfolge geschlossen sei, welches die Selbstständigkeit Braunschweigs sicher stelle und auch dem Ausschusse der Landesvertretung derselben mitgetheilt worden sei. Wie die A. Z. von unterrichteter Seite aus Berlin erfährt, sind die Dinge noch keineswegs so weit gediehen, obwohl es nicht zu bezweifeln sein dürfte, daß Verhandlungen über diese Frage zwischen beiden Regierungen statt finden. Der Ausgang derselben ist aber zur Zeit jedenfalls noch ganz ungewiß, und eben so wenig gegründet dürfte die Nachricht sein, daß der Ausschuß der braunschweigischen Landesvertretung davon Mittheilung erhalten habe.

#### Frankreich.

Paris, 6. November. Den Vorgängen in Schweden schenkt der „Moniteur“ seit einiger Zeit eine ganz besondere Aufmerksamkeit. — Die Bestimmung der Sollderechte vom 13. Februar und 25. Aug. 1861 sind durch kais. Decret vom 29. October d. J. auch auf Kobjewebe in Stücken von Leinen und Halbleinen mit Baumwolle ausgedehnt worden, so daß dieselben zeitweilig frei importirt werden können, um, in französischen Fabriken gefärbt, wieder exportirt zu werden. — Auf Bestimmung des Kaisers vom 4. d. sollen 7000 Soldaten der Altersklassen 1856—1858 auf 6 Monate beurlaubt und diejenigen darin bevorzugt werden, welche ihren Familien als Stütze dienen oder sonst den vom Gesetz vorgesehenen Bedingungen entsprochen haben. — Auch der Rechnungshof hat vorgestern seine Sessionen feierlich wieder eröffnet. — Der Präsident des Cassationshofes gab an dem Tage ein großes Festmahl, dem auch der Cardinal Erzbischof von Paris beizuwohnte. — Es bestätigt sich, daß Prinz Napoleon sich in Compiegne hat entschuldigen lassen. Man will sogar wissen, die Richtung, welche die italienische Politik unseres Cabinets jetzt genommen, habe den Prinzen veranlaßt, eine Broschüre über die italienische Frage vorzubereiten. An ein Resultat der Versöhnungs-Politik ist weniger als je zu denken; General Alard, welcher so eben von einer militärischen Sendung nach Italien zurückkehrt und jüngst noch beim Papste Audienz hatte, erstattete über die Stimmung des römischen Hofes Berichte, welche Herrn Drouyn de Lhuys keine Illusionen mehr übrig lassen können. — Am 3. Nov. hatte der Comissar der amerikanischen Conföderation, Herr Silbell, eine Audienz beim Kaiser; zu den Eingeladenen gehörte er unseres Wissens nicht, aber er scheint sich fortwährend der besten Aufnahme bei Hofe zu erfreuen. — Der Chef des Hauses Kasitte ist so eben aus Konstantinopel wieder hier angekommen; dem Vernehmen nach hat derselbe nicht nur die Negociation einer neuen türkischen Anleihe übernommen, sondern auch das Privilegium erhalten, in Konstantinopel eine kaiserlich-ottomanische Bank zu gründen. — Wie verlautet, werden die französischen Neuwahlen erst im Monat Mai stattfinden, vielleicht noch später. Man ist hier sehr gespannt auf die nächste Kammeression, die im Monat Jänner beginnen soll, und bei welcher Gelegenheit die italienische Frage jedenfalls zur Sprache kommen wird. — In sachkundigen Kreisen glaubt man nicht, daß General Forey mit seiner schönen Proclamation Mexico erobern werde. Man ist vielmehr gründlicher als je überzeugt, daß Frankreich seine Politik, seine Zeit und sein Geld nirgends schlimmer engagiren konnte. Auch General Forey soll sich bezüglich der Schwierigkeiten gefährlichen Illusionen hingeben. — Von Lissabon wird gemeldet, daß die Kammern bis zum 2. Jänner verzagt sind. — Prinz Humbert geht nach Italien zurück.

Die „France“ enthält folgende Mittheilung aus Turin: Das Cabinet ist Betreffs der Antwort, die es auf die Note des Herrn Drouyn de Lhuys ertheilen wird, getheilten Ansichts. Man weiß heute in Turin, daß diese Note, obgleich sehr wohlwollend für Italien, im Grunde genommen keine Hoffnung läßt, daß Rom aufgegeben werde. Das Gerücht ist verbreitet, daß mehrere Minister der Ansicht sind, ehe man eine Antwort ertheilt, das Parlament anzuhören.

Paris, 7. November. Die verschiedenen Chronica Candidaten für Pellas werden hier lebhaft discutirt. Der junge Herzog von Leuchtenberg ist von dem Kaiser eingeladen worden, der Feierlichkeit vom 15. November gelegentlich der Eröffnung des den Namen seines Großvaters tragenden Boulevards beizuwohnen. Prinz Napoleon wird sich nach Compiegne begeben. Unter den Einladungen der zweiten Serie befinden sich, außer Herrn Nigra, die Herren Boitelle, Hausmann, Herzog Morny, Dupin, Francis Wey, Berlioz, Jules Sandeau u. — Nächsten Sonntag erscheint die Broschüre des Prinzen Napoleon unter dem Namen des Cabinetsecretärs Hubain. Sie enthält die vollständige Sammlung der Documente, welche dem Prinzen zur Ausarbeitung seiner letzten Senatssrede zur Verfügung standen. Auch Herr v. Laguerreiniere wird wieder eine neue Serie von Briefen in der France vom Stapel lassen. Sie werden das Thema der notwendigen Uebereinstimmung der auswärtigen mit der innern Politik Frankreichs behandeln. — Der Kaiser hat dem Seine-Präfecten zu wissen thun lassen, daß die Aufhebung des Bäckerprivilegiums am 1. März

des nächsten Jahres verkündigt werden soll. — Die durch Verfügung des Finanzministers nunmehr abgeschafften Affessoren der Agents du Chance wollen bei dem Staatsrath gegen diese Maßregel klagbar werden. — Fürst Kuspoli, ein Verwandter des Kaisers der Franzosen, ist wegen allzu piemontesischer Gesinnung aus Rom ausgewiesen worden. Er begibt sich nach Neapel. — Herr Drouyn de Lhuys hat gestern dem Prinzen Napoleon einen Besuch abgestattet und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Der Prinz ist immer noch sehr ungehalten über die Wendung, welche die kaiserliche Politik in seiner Abwesenheit genommen, und bis jetzt noch nicht entschlossen, zu Besuch nach Compiegne zu geben. Auch Herzog Morny soll seiner Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Stande der römischen Frage freien Lauf lassen. — Er hätte sich sogar geäußert, „die ganze Intrigue Drouyn de Lhuys werde vielleicht nicht länger als zwei Monate dauern.“

Ein Abjutant des Königs Otto von Griechenland, Oberst Feder, ist in Paris angekommen, um eine Protestation seines Souverains zu überreichen. Derselbe begibt sich von hier nach London, um ein ähnliches Document abzugeben.

Nach einer Pariser Correspondenz der Elberfelder Zeitung geht durch die griechische Gesandtschaft in der französischen Hauptstadt ein exclusiv russischer Geist, und die vornehmen Griechen in Paris tragen ebenfalls russische Sympathien zur Schau. „Die Leute“, fügt der Correspondent hinzu, „dürften die Rechnung ohne den Wirth machen, denn Louis Napoleon soll fest entschlossen sein, in der griechischen Angelegenheit Hand in Hand mit England zu gehen.“

Die Bank von Frankreich hat sich gewiegt, Statuten des Herzogs von Galliera auf den Mobilcredit im Betrage von 15 Millionen zu discontiren.

#### Großbritannien.

London, 5. Nov. Heute ist der 5. November, Jahrestag der Pulver-Verschwörung, und seit 257 Jahren als Guy Fawkes day salbtsam bekannt und gefeiert. — Es regnet ohne Unterlaß, und ein schwarzer November = Nebel, liegt unbeweglich auf der Stadt. Und wieder taucht aus diesem Nebel die Frage auf: Wer wird König von Griechenland? Die Candidaten mehren sich. Ein Sprößling der Paläologen ist irgendwo in Effer entdeckt worden, der alle Antiquare für sich hat. Und die Griechen der hiesigen Kornbörse protegiren einen Ypsilanti, der irgendwo in Paris lebt und nicht mit dem Schwiegersohne Sina's zu verwechseln ist. Diese Korn-Griechen sind sehr reich und besitzen großen Einfluß. Doch denkt die provisorische Regierung vorerst nicht daran, einem Landsmanne die Krone anzubieten. Prinz Alfred ist, geographisch betrachtet, der nächste, er ist vorgestern zu Schiffe nach Lissabon abgegangen. — Die der Fälschung englischer Banknoten Angeklagten hatten heute ihr drittes Verhör vor dem Lord Mayor zu bestehen. Ihre Uebersetzung ist nicht mehr zweifelhaft, nachdem die Hauptperson, der Drucker, Alles gestanden hat. Es bildet sich hier eine Actien = Gesellschaft zur Fabrication gesunden Brodes nach dem Patent des Dr. Dauglish. Das Actien-Capital beträgt 500,000 £. in Actien zu 10 £. — Ueber die Handelsbeziehungen zwischen England und Oesterreich, welche fälschlich, wie gemeldet, von Lord Palmerston zum Thema einer Frühstücksrede gewählt worden, hat sich eben wieder ein angesehenes Parlamentsmitglied vernehmen lassen: Herr Sommeret A. Beaumont, der vor Kurzem von einer Reise aus Oesterreich zurückgekommen ist, legte das Resultat seiner Forschung vorstern der Handelskammer von Newcastle und Gateshead vor. Er wies in seinem sehr langen und in viele Einzelheiten eingehenden Vortrage auf die Vortheile hin, welche für Oesterreich und England aus einem von den bisherigen Fesseln befreiten Verkehr, der den Austausch der österreichischen und ungarischen Rohproducte gegen die Erzeugnisse der englischen Industrie und gegen Colonialwaaren befördern würde, hervorgehen könnten.

London, 7. November. Mehr beinahe als irgend eine der großen politischen Fragen, welche die Welt bewegen, wird gegenwärtig in den hiesigen Clubs und überhaupt in der hiesigen Gesellschaft ein an und für sich höchst unerheblicher orthographischer Gegenstand besprochen, nämlich die Frage, ob das Wort, welches unserm deutschen Worte Kenntniss entspricht, Raindeer oder Reindeer zu buchstabiren ist. Die Controverse war vor einiger Zeit bei Gelegenheit eines Pederennen in Effer Gegenstand einer Wette zwischen zwei Mitgliedern vom Jockey-Club, nämlich einem Herrn Ten Broeck und dem Capitän Randolph Stewart. Hinterher ward vom Admiral Rous die Beschuldigung erhoben, daß auf der einen Seite eine ganz gemeine Betrugerei verübt worden sei, indem Capitän Stewart zuerst mit einem gewissen Obersten Barnaby eine Scheinwette über diesen Gegenstand eingegangen habe, und daß dann Beide, nachdem sie sich vorher durch Aufschlagen des Wörterbuchs darüber vergewissert, wem der Sieg verbleiben müsse, den arglosen Ten Broeck in ihr Netz gezogen und dem sicheren Verlust übergeben hätten. Die Morning-Post bringt eine ungeheuer lange Correspondenz fast sämtlicher Hauptbetheiligten über die Geschichte. Die Times druckt diese Correspondenz nach, und sie sowohl wie der Globe haben bereits zwei Leitartikel darüber losgelassen. Die Wichtigkeit, welche man hier dem Vorfalle beilegt, läßt sich nur daraus erklären, daß der Scandal in der sogenannten guten Gesellschaft spielt. Wäre dasselbe in Deutschland oder Frankreich vorgekommen, so wären ohne Zweifel mehrere Duelle die Folgen gewesen, in England ist das anders! — Was den Cobden'schen, von Daily-News mit Beifall besprochenen Abschlag betrifft, alle Handels-Blöcken und Pfisen abzuschlagen, so bemerken viele Blätter wie der Globe, die Times, der Spectator, daß im Falle einer solchen Reform England außer Stande wäre, sich von kleinen Staaten, die ohne Kriegsschiffe und Seesessionen existiren, für irgend eine Unbill Genugthuung zu verschaffen.



Weitere Journale melden, daß Dr. Melato mit einer Sonde seiner Erkundung nach La Spezia abgereist sei. Dies ist unrichtig. Dr. Melaton hat Paris nicht wieder verlassen. Wie er nach der FVZ erzählt, ist La Spezia angefüllt mit Garibaldianern, welche über das Leben ihres Generals (welches sie bedroht glauben) wachen; deren düstere wilde Gesichter aber wenig beruhigend für den Arzt sind, der nöthigfalls eine gefährliche Operation vornehmen muß. Im Allgemeinen äußert sich Dr. Melaton in Freundtrefsen über den Zustand Garibaldi's weniger optimistisch.

Berichte aus New-York vom 25. October zufolge beabsichtigt der Präsident Lincoln, den Capitän d'unionistichen Kreuzers Montgomery wegen der Vernichtung des englischen Dampfers Blanche zur Rechenschaft zu ziehen. In Havana hat das Verfahren des nordstaatlichen Capitäns lebhafteste Indignation hervorgerufen.

Wiesław, 8. November. Die heutigen Durchschnittspreise

14. *Steliosoma* sp. n.

Wiesław, 8. November. Die heutigen Durchschnittspreise



